

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen Viertelj. 2.10 Mk., für 3 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Postgebühren.

Redaktion: Lauhaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5-spaltige, Pettzelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwere Schrift nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauhaer Straße 19/21, Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

An Stelle Leutwains ist General v. Lindquist zum Gouverneur von Südwestafrika ernannt worden.

Die russische „Verfassung“ wird von der Presse abfällig besprochen. (Siehe Revolution in Rußland.)

Eine Konferenz zur Beratung der Wahlen in Polen usw. ist durch Erlaß angeordnet worden. (Siehe Revolution in Rußland.)

Der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, hat sein Amt niedergelegt. (Siehe England.)

Das Proportionalwahlrecht.

Leipzig, 21. August.

Zu der Ungerechtigkeit, die staatsbürgerlichen Rechte nach dem Geldbeutel zu bemessen, ist die Reaktion in Sachsen gekommen, weil sie verhindern wollte, daß durch das allgemeine gleiche Wahlrecht die Volkvertretung einer Parteiherrschaft überantwortet werde. Das Dreiklassenwahlrecht sollte das Land vor einer sozialdemokratischen Mehrheit schützen, hat aber das entgegengesetzte Extrem, nämlich eine konservative Parteiherrschaft zur Folge gehabt. Die Sozialdemokratie erkennt an, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Parteiherrschaft führen kann und hat deshalb ein Korrektiv zu dem allgemeinen gleichen Wahlrecht vorgeschlagen: den Proportionalismus oder die Verhältniswahl. In der bekannten Regierungsschrift zur Wahlreform ist auch das Proportionalwahlverfahren als einer Einschränkung und Ausgleichung der Mängel des allgemeinen gleichen Wahlrechts gedacht worden. Da jedoch ein königlich sächsischer Regierungsschreiber nicht anders denken kann, als reaktionär, d. h. verkehrt, so hat sich in dem Kopfe des Verfassers der Regierungsschrift das Verhältniswahlverfahren auch nur in seiner verunklärtesten Gestalt gemalt, so daß er zu keinem andern Ergebnisse, als zur Ablehnung des Verhältniswahlverfahrens kommen konnte. Voraussetzung für alle diese Versuche, den Stimmen der Minderheit einen gewissen Einfluß zu verschaffen, sei, so meint der Verfasser der Denkschrift, daß in einem Wahlkreise nicht bloß ein Abgeordneter, sondern gleichzeitig mehrere zu wählen sind. Außerdem erfordert es von vornherein eine ausgesprochene Parteientnahme von Seiten des Kandidaten wie des Wählers. Das Parteiinteresse werde damit noch mehr als bisher in den Vordergrund geschoben. Aus diesem Grunde und zugleich seiner Unmöglichkeit wegen sei das Proportionalwahlverfahren, das sich höchstens für kleinere Wählerkreise eigne, nicht zu empfehlen.

Ueber das Proportionalwahlverfahren liegt eine ganze Literatur vor, was darauf hindeutet, daß die Geschichte nicht so ganz einfach ist. In Wirklichkeit ist sie aber das einfachste Ding von der Welt, wenn man die Proportionalwahl unter dem Gesichtspunkt des Einzelstimmrechts und des Systems eines Wahlbezirks aufstellt. Der Verfasser der Denkschrift, der vielleicht lediglich die nicht gerade empfehlenswerten Schweizer Vorbilder vor Augen gehabt hat, kann sich dieses Wahlverfahren nur denken unter der Voraussetzung, daß die Wahlkreise möglichst klein und in jedem von ihnen mehrere Kandidaten zu wählen sind, d. h. nur unter Voraussetzungen, unter denen das Proportionalwahlverfahren wirkungslos bleiben oder gar zu einem Unfug werden muß. Liebknecht hat schon vor vierzig Jahren im demokratischen Wochenblatt gezeigt, daß der Proportionalismus seinen Zweck nur um so gründlicher erreichen wird, je größer der Wahlbezirk ist, weil in diesem Falle das Prinzip der Minoritäten am reinsten garantiert ist. Nach dem Liebknechtschen Vorschlage wird nicht nach Personen, sondern nach Parteien, allerdings mit Namensnennung auf den Wahllisten, gestimmt. Die gleiche Ansicht vertrat Bebel in seiner Broschüre: Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht (1895). Der Denkweise eines Reaktionärs ist natürlich ein Wahlverfahren ein Grauel, bei dem nicht eine Person, sondern eine Sache das Ziel des Wählers ist.

Die Vorteile des Proportionalismus springen ohne weiteres in die Augen. Zunächst wird unter dem Verhältniswahlrecht das Wahlergebnis in einem Wahlgange erreicht; Stichwahlen, Ersatzwahlen im Falle von Doppelwahlen etc. gibt es nicht. Während bei den heutigen Majoritätswahlen die Parteivorstände und Wahlkomitees die Wähler einfach völlig ignorieren, kommt bei dem Verhältniswahlverfahren mehr der Wille des Wählers zum Ausdruck. Weiter sind unter dem Proportionalismus unnatürliche Wahlbündnisse unmöglich, weil jede Partei zur Geltung kommt. Das persönliche Moment bei den Wahlkämpfen wird völlig ausbleiben. Die Hauptsache aber ist, daß die demokratische Rechtsgleichheit der Staatsbürger durch die Verbindung des Proportionalismus mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zur Wahrheit wird. Durch ein solches Wahlrecht muß eine Volkvertretung zustande kommen, die der photographisch getreue Ausdruck des Volkswillens ist, bei der keine Partei und keine bedeutendere Gruppe unberücksichtigt bleibt, da jede Partei die Vertreteranzahl bekommt, die der für sie abgegebenen Stimmenzahl entspricht.

Freilich, das wollen die herrschenden Parteien gar nicht; sie wollen ja im Parlamente ausschlaggebend sein, um die Pläne der Gesetzgebung in ihrem Interesse handhaben zu können. Deshalb wird auch von den herrschenden Parteien das Verhältnisverfahren nicht „verhandelt“, es entspricht nicht ihren Herrschaftsinteressen. Auf der

Suche nach dem „gerechtesten“ Wahlrechte verfallen sie daher von einem Blödsinn in den andern. Das Dreiklassenwahlrecht, das vor zehn Jahren als das den Bedürfnissen des Landes geeignetste Wahlrecht erkannt wurde, ist selbst von der Regierung als ein widersinniges Wahlrecht charakterisiert worden. Die Regierung konnte jedoch aus diesem Widersinn nur dadurch herauskommen, daß sie ein noch widersinnigeres Wahlverfahren vorschlug, ein Wahlrecht, das den Widerstand des Dreiklassenwahlrechts mit dem rückständigen Berufswahlverfahren verquidete. Dieselbe Regierung, die sich in ihrer Denkschrift gegen das Proportionalwahlrecht ausspricht, weil es das Parteiinteresse in den Vordergrund stelle, dieselbe Regierung schlägt zur Rettung vor dem Widerstand des Dreiklassenwahlrechts ein Wahlrecht vor, das die Privatinteressen in den Vordergrund rückt. Die Parteien im Landtage haben das auch erkannt und den Wahlvorschlag der Regierung abgelehnt. Die Konservativen sind schon längst der Ueberzeugung, daß sie kein besseres Wahlrecht finden werden, als das Dreiklassenwahlrecht, die Nationalliberalen dagegen suchen und suchen und können doch die Rettung nicht finden. Wenn sie aber nicht eine ebenso interessensüchtige Gesellschaft wären, wie die Agrarkonservativen, dann müßten sie erkennen, daß die Lösung der Wahlrechtsfrage allein das allgemeine gleiche Wahlrecht mit Verhältnisverfahren bringen kann.

Der Krieg in Ostasien.

Friedensverhandlungen.

Washington, 21. August. Im Weißen Hause wird bestätigt, daß Präsident Roosevelt seinen ganzen Einfluß in Tokio geltend gemacht hat, um die Friedensverhandlungen zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Infolgedessen haben die japanischen Delegierten bereits diesbezügliche Informationen erhalten.

New York, 21. August. Nach der Unterredung zwischen Roosevelt und Rosen wurde ein Telegramm an den Jaren geschickt, in dem die Vermittlungsvorschläge Roosevelts mitgeteilt werden.

Petersburg, 21. August. Im Auswärtigen Amt erklärt man, daß ein offizieller Bericht über die Verhandlungen von Portsmouth jederzeit veröffentlicht werden soll. Der Bericht wird die Telegramme enthalten, die zwischen der Regierung und den Friedensdelegierten gewechselt worden sind. Der Bericht werde zeigen, daß Rußland einen ehrenvollen Frieden gewünscht hat. Man glaubt, daß die Unterredung zwischen Roosevelt und Rosen nicht verhindern kann, daß der Dienstag der letzte Tag der Friedenskonferenz sein wird. Die Russen hätten ihr letztes Wort wegen der Kriegsentfesselung und der Gebietsabtretung gesprochen.

Portsmouth, 21. August. Wie verlautet, hat der japanische Finanzagent Rancho in einer Unterredung dem Präsidenten Roosevelt gegenüber erklärt, daß die Japaner geneigt wären, auch in der Frage der in den neutralen Häfen liegenden internierten russischen Kriegsschiffe nachzugeben. (?)

Seuilleton.

Wahrheitssucher.

Namen von Joseph Richter.

Aus dem böhmischen Übertragen von Robert Saubel. (Nachdruck verboten.)

XVI.

In diesem Augenblicke trat Venesch ein, und frohe Kufe erklangen. „Du kommst wie gerufen“, rief Michyska. „Sieh mal, es ist ein Gast da. Wie sagt man doch gleich bei solchen Anlässen?“

Venesch stand noch auf der Schwelle, ein lustiges Lächeln verbreitete sich über seine roten, fleischigen Lippen. „Gelobt sei Jesus Christus“, sagte er zu Jenda und betonte jedes einzelne Wort langsam, indem er die Worte gleichsam eines nach dem andern aus dem Munde ließ. Dabei zog er mit frommer Ehrfurcht den Hut, der schon sehr verdächtig und gebraucht aussah.

Jenda erhob sich und reichte ihm die Hand. „Warum kommst du so spät, Freundchen, und wie hast du dich hierher verirrt?“ fragte Michyska.

„Meine Hühe haben mich hergetragen. Ich komme aus Schischob. Wir hatten dort eine Versammlung. Sie haben mich geholt, damit ich ihnen das Programm erläutere. Auch über die Organisation wurde gesprochen.“ „In Karolinenthal war heute auch Versammlung.“ „Ließ sich einer der Studenten vernahmen.“ „Es wurde über den Merikalismus, über die politische Lage und über Internationalismus gesprochen.“

„Und worüber hast du geschwafelt?“ fragte Michyska. „Ueber den Verfall der Moral in der fortschrittlichen Partei. Ich schilderte, wie wir einst zu den Sternen em-

porfliegen wollten, wie aber die Sterne zu hoch waren und wie ...“

„Daß die Sterne in Frieden, mein Junge, und jage ernstlich, worüber du geschwafelt hast.“

„Ernstlich habe ich die Genesis des Streites Katscherovsky kontra Michyska analysiert. Sie wissen doch, Gruby, daß Katscherovsky mit Michyska verfeindet ist. Katscherovsky ist unser Sokrates und Michyska ist Epikuräer. Ich weiß nicht, ob der Vergleich hinkt, aber: versöhnen Sie solche Gegentage! Janek verfährt sie auf die Weise; daß er Versammlungen einberuft und den Gedanken debattiert, wie man im nationalen Lager allen Sader fahren lassen und das böhmische Volk unter einem radikalen Programm vereinigen könnte.“

„Wui“, rief Michyska und spuckte mit affektierter Erregtheit aus. „ich bin neugierig, wann du aufhörst wirst, dich über ernste Dinge lustig zu machen. Sagen Sie selbst, Gruby, ist es vernünftig, immer so ins Reere hinein zu philosophieren, ob ich den moralischen Schuymann in mir tragen oder hinter mir her schleppen soll? Denn erzähle du doch jetzt, wie du ihnen das Programm und die Organisation erklärst hast! Waren viele Leute da? Nur Arbeiter; oder auch ...“

Venesch setzte sich und begann zu erzählen, daß die Versammlung gut besucht war. Auch ein paar Mäherinnen waren gekommen und sonst nur Arbeiter. „Du hättest mich hören sollen, wie ich ihnen in die Seele sprach über die gemeinsame Tätigkeit der Arbeiter und der intelligenten Schichten! Ich schilderte ihnen unseren künftigen Staat. Nicht einmal Bellamy hätte es besser verstanden. Ich erklärte ihnen, was Kollektivismus ist und wie wir mit allen möglichen Mitteln den Fall der jetzigen Ordnung herbeiführen müssen, um eine neue Ordnung errichten zu können. Sie, Gruby, sind doch gewiß auch für den Kollektivismus“, wandte er sich plötzlich an Jenda.

„Ich war ja auf dem Wiener Kongreß“, beeilte sich Jenda zu antworten, als er sah, daß es sich darum handelte, sein Interesse für die Sache an den Tag zu legen.

„Sie waren auf dem Wiener Kongreß?“ fragten gleich einige Stimmen.

„Richtig, das stimmt ja“, sagte Venesch. „Sie waren voriges Jahr auf dem Wiener Kongreß. Na, von der Zeit bewegen wir uns mächtig vorwärts und man rechnet bereits anders mit uns, als früher. Janek dort spekuliert schon auf ein Abgeordnetenmandat, schade, daß er nicht um etwas früher zur Welt kam.“

„Da sehen Sie es, Gruby“, rief Michyska, „wieder ja ein Biß! Man kann mit dem Menschen nicht ernst sprechen. Aber Sie hatten doch ein verteiltes Glück, daß Sie damals in Wien studierten. Sonst hätte Sie die Relegation auch nicht verschont. Na, wir haben doch auch den Professoren einen Bissen dafür gespielt. Das war die Belohnung für ihre Tätigkeit als Polizisten. Eine gelungene Demonstration war das. Dem Rektor wurden die Fenster eingeworfen. Schade, daß du damals noch nicht mit da bei wartst, Raschek. Daran hättest du dir göttlich getan.“

Man sprach über die Demonstration. Man erzählte noch, wie man den Professoren „Bereat!“ zugerufen hatte, wie am Bethlehems-Platz, wo Sus einst den ersten Funken der Begeisterung und Befreiung in die Massen geworfen hatte, nun die Menge auch sein Andenken gefeiert hat, wie man vor die Universität gezogen war und „Bereat der Senat“ und „Bereat der Rektor“ gerufen hatte, wie die Schulleute blank gezogen hatten und die Säbel sehr bald wieder einstecken mußten.

Da mischte sich Ottokar drein: „Es war doch fabelhaft, wie man auch jetzt demonstrierte und wie man irgend einem katholischen Pfarrer in Schischob die Fensterscheiben einwarf, dafür, daß er die freiere Bewegung geböhnt hatte.“